SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die Lage der Avá-Guaraní und der Paĩ-Tavytera in Nord-Ostparaguay: Fallstudien zur Konfliktbearbeitung

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bund für Soziale Verteidigung e.V. (2018). *Die Lage der Avá-Guaraní und der Paĩ-Tavytera in Nord-Ostparaguay: Fallstudien zur Konfliktbearbeitung.* (Hintergrund- und Diskussionspapier, 62). Minden. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60817-3

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 62 November 2018 ISSN 1439-2011

Die Lage der Avá-Guaraní und der Paĩ-Tavytera in Nord-Ostparaguay

Fallstudien zur Konfliktbearbeitung

Vanessa Knecht

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Zur Autorin:

Vanessa Knecht studiert Ethnologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Dort, sowie während ihres Auslandssemesters in Spanien, erwarb sie ihre Kenntnisse zu Politik, Wirtschaft etc. in Lateinamerika. Im Zeitraum August bis September 2018 absolvierte sie ein Praktikum beim BSV, in dessen Rahmen dieses Hintergrund- und Diskussionspapier entstanden ist.

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 62
November 2018
ISSN 1439-2011
1,50 Euro

Inhalt

Vorwort 4
1. Geschichtliche Hinführung 5
2. Der Landrechtskonflikt 7
3. Paĩ-Tavytera und Avá-Guaraní in Paraguay 9
4. Das Problem der Suizide 10
5. Der Fall Itaipu 11
6. Mögliche Konfliktbearbeitungsansätze 12
7. Fazit 14

Karte der politischen Gliederung von Paraguay. Urheber: TUBS, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Paraguay,_administrative_divisions_-_de_-_colored.svg

Vorwort

Der Text erhebt nicht den Anspruch, die Situation der Guaraní umfassend darzustellen. In diesem Hintergrundpapier geht es vielmehr um die Fragestellung, wie sich Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung, wie sie der Bund für Soziale Verteidigung vorschlägt, auf Landrechtskonflikte anwenden lassen. Dazu wurden im Rahmen des Praktikums der Autorin drei Vorstandsmitglieder und ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle interviewt und deren Aussagen in das Fazit aufgenommen, um Lösungsmöglichkeiten der Konfliktbearbeitung zu finden.

Der Großteil der indigenen Bevölkerung im knapp sieben Millionen Einwohner*innen zählenden Paraguay lebt in Nord-Ostparaguay (Paĩ-Tavytera = Guaraní-Gruppen aus Nord-Ostparaguay), darunter auch die Avá-Guaraní. Sie machen ungefähr zwei Prozent der Bevölkerung aus. Um die heutige Situation der Avá-Guaraní und die Faktoren die dazu führten zu verdeutlichen, werden geschichtliche Daten und weitere politische und wirtschaftliche Faktoren aufgezeigt sowie Beispiele der daraus resultierenden Konflikte skizziert.

1. Geschichtliche Hinführung

Die heutigen Landrechtskonflikte in Paraguay haben einen frühen geschichtlichen Ursprung. Denn seit 1813 erhoben verschiedene Eigentümer Anspruch auf Ländereien der indigenen Bevölkerung.[1] Dies resultierte in unübersichtlichen Besitzverhältnissen und Unklarheiten über den Anspruch auf das Land.

Ein entscheidender Faktor, der dazu beigetragen hat, ist der Triple-Allianz-Krieg (1864-1870) zwischen Paraguay, Argentinien, Brasilien und Uruguay. Dabei ging es um strategische Punkte (z.B. Montevideo). Argentinien vertrat zuerst eine „neutrale" Position, bis es Paraguay den Durchmarsch der paraguayanischen Truppen nach Brasilien verweigerte. Die Folge war, dass Paraguay ab diesem Zeitpunkt gegen die Triple-Allianz Argentinien-Brasilien-Uruguay kämpfte. Paraguay verlor den Krieg.

In dieser Zeit und auch nach dem Krieg waren indigene Gesellschaften dazu gezwungen, zu fliehen und ihre Ländereien zu verlassen. Die Kriegsschulden Paraguays waren enorm, sodass sich der Staat gezwungen sah, Land zu verkaufen. Diese Entwicklung führte dazu, dass Siedler*innen das Land beanspruchen konnten, darunter auch Land der Paĩ-Tavytera.[2] Um die Kriegsschulden zu senken, wurde der Wirtschaftssektor gefördert und ausgebaut.

Damit verbunden war auch der Verlust der Rechte der indigenen Bevölkerung und Zwangsumsiedlungen, die im Rahmen des Konzepts der wirtschaftlichen Entwicklung unter der Diktatur Stroessners 1954-1989 erfolgten.

In den 1940er Jahren

- wurde die Indianerschutzbehörde gegründet: Anfangs arbeitete diese jedoch aufgrund schlecht ausgebildeter Mitarbeiter*innen und Geldnot ineffektiv, was sich erst 1985 besserte.
- bildete sich die Bewegung „Indigenismo": Der Indigenismo kann als eine Form des zivilen Widerstandes zur Stärkung der indigenen Bevölkerung bezeichnet werden. Er wurde durch repressive Mittel jedoch schnell eingedämmt. Erst in den 1970er Jahren gewannen Organisationen wie Asociación Indigenista del Paraguay wieder mehr Einfluss.

Ziel des Indigenismo war der Schutz der indigenen Bevölkerung durch die Festschreibung indigener Rechte. Dazu gründeten sich verschiedene Organisationen, wie beispielsweise die Asociación Indigenista del Paraguay. Diese legten Behörden Gesetzesvorschläge vor und waren maßgeblich daran beteiligt, dass Konventionen wie die der „International Labour Organization"[3], zu Rechten indigener Bevölkerung, unterzeichnet wurden (ILO Konvention 107; 1957).

---

[1] Mit dem Begriff der indigenen (lateinisch: indiges - einheimisch, eingeboren) Bevölkerung sind die Menschen gemeint, die vor der Kolonialisierung bereits in Paraguay ansässig waren. Des Weiteren umfasst er „den Aspekt der Marginalisierung sowie der Verletzung der Menschen-, Land- und Eigentumsrechte, welche nicht auf jeden Einheimischen zutreffen."

„Indianer" wird als Begriff nicht verwendet werden, da er „von den so Bezeichneten als abwertend" empfunden wird. Er wurde durch die „Weißen" eingeführt, um deutlich zu machen dass die „Indianer" ihnen untergeordnet waren. Der Begriff ist eine Fremdzuschreibung, während die Selbstzuschreibung der in Mittel- und Südamerika ansässigen Bevölkerung indígenas (Ureinwohner) oder pueblos indígenas (indigene Bevölkerung) lautet.
http://lenkerunddenker.blogspot.com/2010/08/die-korrekte-bezeichnung-von-indigene.html
https://machtgesellschaft.wordpress.com/category/sprachvermogen/

[2] Die Paĩ-Tavytera sind eine indigene Gruppe innerhalb der Guaraní. Die „Guarani setzen sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen, denen Sprache und Kultur gemeinsam sind, die sich selber jedoch unterschiedliche Namen geben je nachdem, wo sie leben und zu welcher Familie sie gehören."

http://www.guarani-campaign.eu/landen/duitsland/gcontinente.htm

[3] Die International Labour Organization ist eine Agentur der UN. Unter anderem setzt sie sich für die Umsetzung sozialer Fragen in nationalen Politiken, international anerkannte Menschenrechte ein. Sie ist der Überzeugung, dass „universeller und dauerhafter Frieden nur dann erreicht werden kann, wenn er auf sozialer Gerechtigkeit beruht."

Dies änderte jedoch lange Zeit nichts an den Landrechtskonflikten.

Die Entwicklungen der 1940er Jahre sowie weitere Veränderungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts trugen zur Verbesserung der Situation sowie zum Schutz der indigenen Bevölkerung bei. Daran beteiligt waren kirchliche Vertreter*innen, Nichtregierungsorganisationen (NROs) und Menschenrechtsaktivist*innen, die sich gegen die Diskriminierung und Vertreibung der Indigenen einsetzten.

Doch auch in dieser Zeit kam es zu Vertreibungen und Konflikten zwischen Großgrundbesitzer*innen und Indigenen, da die Indigenen zu bewirtschaftendes Land, unter anderem für den Sojaanbau, blockierten. Dies kann als verspätete Folge des Verkaufs von Ländereien nach dem Triple-Allianz-Krieg gesehen werden. Denn damals, ab den 1960er Jahren, wurde auch Land der indigenen Bevölkerung an Großgrundbesitzer*innen verkauft.

Aufgrund der Besitzverschiebungen und des „Platzmangels" waren Indigene teilweise gezwungen am Rande ihrer Gebiete, neben Straßen zu leben.

1975 nahm sich die Asociación Indigenista del Paraguay dem Ziel an, das bis dahin geltende Individualrecht auf das Kollektivrecht der indigenen Gemeinschaften auszuweiten.[4] Dies ermöglichte es beispielsweise den Paĩ-Tavytera in Amambay 1978, 1.900 Hektar Land vor Gericht zu erstreiten.

Doch erst in den 1980er Jahren erlangte die indigene Bevölkerung durch das Gesetz 904 die Festschreibung der Kollektivrechte und damit verbunden auch Teile ihres ursprünglichen Landes zurück. Allerdings war dies an den Nachweis einer Besiedelung über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren gebunden. Das Gesetz 904 erkennt eine vor-kolonialistische Existenz der indigenen Bevölkerung an, Kollektiv- und Sonderrechte werden legitimiert und die Rückforderung von Land wird erleichtert.

Der Nachweis über 20 Jahre konnte erbracht werden, wenn sich in dem Gebiet beispielsweise mythologische Orte etc. befanden. Dies führte Anfang der 1990er Jahre dazu, dass die Paĩ-Tavytera ein Territorium rund um den heiligen Berg „Cerro Guazú" in Amambay erhielten. Dieser ist einer der wichtigsten Bestandteile ihrer Mythologie, da der Berg ihnen als Zentrum der Welt, Ort der Götter und Ursprung des gesamten Kosmos gilt.

1989 ratifizierte Paraguay die Konvention 169 der „International Labour Organization" (1989), die eine Erweiterung der ILO-107 von 1957 ist. Darin enthaltene Forderungen wie die Selbstbestimmung der Indigenen über das von ihnen besiedelte Land flossen 1992 in die neue Verfassung Paraguays ein. In Kapitel 5 heißt es beispielsweise, dass der indigenen Bevölkerung das Recht auf Gemeinschaftseigentum des Landes zugestanden wird.[5]

In der nachfolgenden Zeit vermochte es die Indianerschutzbehörde, Landrechtskonflikte schneller zu lösen und der indigenen Bevölkerung, auch Kleinstgruppen, mehr Landbesitz zu ermöglichen. Sie kaufte Großgrundbesitzern*innen Land ab, auf dem bereits Indigene siedelten, und gab es an die Indigenen weiter. Manch ein*e Angestellte*r der Indianerschutzbehörde wusste dies allerdings für sich zu nutzen, da Land aufgekauft wurde, in dem vorher keine

---

1989 brachte sie das erste Übereinkommen auf den Weg, welches sich ausschließlich mit den Rechten indigener Gesellschaften befasst.
https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/lang--en/index.htm
https://www.ilo.org/global/about-the-ilo/history/lang--en/index.htm

[4] Individualrecht: „Der Ausdruck Individualrecht bezeichnet in der Moral- und Rechtsphilosophie ein Recht, das einem Individuum zukommt." Ein Beispiel dafür ist das Recht eines Individuums auf Landeigentum.

Kollektivrecht: Bei Gruppen der Guaraní und anderen, gilt das Kollektivrecht. Das heißt, dass beispielsweise Land Eigentum der Gruppe und nicht des Individuums ist. Dementsprechend stehen Individual- und Kollektivrecht im Widerspruch zueinander.
https://educalingo.com/de/dic-de/individualrecht

[5] https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@normes/documents/publication/wcms_100900.pdf

http://jme.gov.py/transito/leyes/1992.html

Indigenen gelebt hatten, es folglich also nicht hätte gekauft werden dürfen. Korruptionsvorwürfe wurden laut und einer der Direktoren der Indianerschutzbehörde wurde zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Seit den 2000er Jahren wurden verschiedene Gesetze zur Korruptionsbekämpfung erlassen, doch aufgrund einer schwachen Legislative und Judikative ist die Umsetzung schwierig.

Die Rolle der Nichtregierungsorganisationen (NROs) in Bezug auf Landrückschreibungen, die bis dato so bedeutsam für die Einflussnahme und das Aufmerksam machen auf indigene Angelegenheiten, u.a. im Politikdialog, war, wurde mit Stärkung der Indianerschutzbehörde geschwächt, da diese ab sofort für die Landrückschreibungen verantwortlich war.

Leider kam es nur begrenzt zu Verbesserungen für die indigene Bevölkerung. Zwar hatte diese nun Territorien, doch wucherte aus den anliegenden Agrarbetrieben aggressives Weidegras rüber. Das führt auch heute noch zu einer Verdrängung einheimischer Pflanzenarten, die nur noch schwer nachwachsen können, und so beispielsweise „Waldindianer" in Amambay keine Bäume mehr vorfinden.

Ein weiterer negativer Effekt der neuen Verfassung war die Einstellung der Medien und auch der restlichen Bevölkerung in den 1990er Jahren. Kritische Berichterstattung über die Forderungen der indigenen Bevölkerung festigte das Bild, dass sie über genügend Land verfügen und sie den wirtschaftlichen Fortschritt behindern würden.

Insgesamt lässt sich feststellen: Viele Dinge haben sich zugunsten der indigenen Bevölkerung verbessert, doch wird die indigene Bevölkerung weiterhin diskriminiert und an der Umsetzung der festgeschriebenen Gesetze hapert es.

Die Ratifizierung internationaler Abkommen (beispielsweise die Konvention 169 der „International Labour Organization" von 1989) impliziert keine Erfüllung der darin enthaltenen Normen, Regeln und Pflichten. Dies liegt unter anderem daran, dass sich einzelne Länder bei der Ratifizierung solcher Abkommen, Ausnahmen heraus nehmen können. Auch die Anerkennung einer heterogenen Gesellschaft in der Verfassung von 1992, war kein Garant für die Umsetzung eines heterogenen Rechtssystems.[6]

2. Der Landrechtskonflikt

Oftmals lassen sich Abholzungen von Wäldern auf eine korrupte Politik sowie eine maßlose, weltweite Konsumgesellschaft zurückführen, die das Tropenholz kauft.[7] Um den größtmöglichen Nutzen aus der bewirtschafteten Fläche herausholen zu können, müssen Wälder weichen. Angebaut werden dann meist Monokulturen wie Soja, was Paraguay in den 1980er Jahren auf einen Spitzenplatz im Export beförderte.

---

[6] „Traditional Dispute Settlements in Paraguay. Determinants of their Integration into the National Legal System." von Petra Oberrauch; in: Kulturen im Dialog II herausgegeben von Annemarie Profanter; 2011.

http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/polsys/polsys-224.html
„Paraguay-Politik" von Christoph Wagner; In: Munzinger Online/Länder - Internationales Handbuch; 2018
„Länderpapier. Indigene Völker in Paraguay." von Koordinationsstelle Indigene Völker in Lateinamerika und der Karibik der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit; 2010
„Landraub, Landreform und indigene Rechte." in: Die Guaraní im Tiefland Südamerikas. Studien zu einer indigenen Minderheit herausgegeben von Hans-Rudolf Wicker; 2017.
http://www.portalguarani.com/742_jose_zanardini/11488_pueblo_ava_guarani_y_pueblo_pai_tavytera__investigacion_de_jose_zanardini__ano_2010.html
http://www.scielo.br/scielo.php?pid=S0104-71831997000200085&script=sci_arttext&tlng=es
„Reflexionen über die Lebenssituation der Guaraní in Mato Grosso do Sul, Brasilien" von Friedl Grünberg; in: INDIANA 19/20 (2002/2003)

„Paraguay: Overview of corruption and anti-corruption" von Transparency International; 2016.
https://www.nzz.ch/international/amerika/suedamerikas-grausamster-krieg-1.18530968
http://www.lapiedad.com.py/?p=135

[7] „Boycott Rainforest Timbers" von Dean Jeffries; In: Nonviolence Today Dec/Jan #6 1988/89

Die korrupten politischen Strukturen Paraguays lassen sich auf das System der Pfründe und des Klientelismus zurückführen. Dies bedeutet, dass auf ein moralisch behaftetes Gleichgewicht zwischen Geber*in und Nehmer*in geachtet wird, nach dem Motto:

„Ich habe dir geholfen, weil du Teil meiner Gemeinschaft bist, also bist du moralisch dazu verpflichtet, mir deine Stimme zu geben, um mir die politische Macht zu geben, das Wohl unserer Gemeinschaft auch weiterhin schützen zu können".[8]

Davon profitieren vor allem der Wirtschaftssektor sowie Angestellte des Staates.

Beispiele für den Zusammenhang zwischen Korruption und Landrechtskonflikt sind:

- die Zahlung an Landvermesser*innen, um die Rückgabe von Land auf kleinere Gebiete zu beschränken und
- die Abgabe von Landflächen an Verbündete zur Zeit der Militärregierung Stroessners.

Unter Stroessner gewann Korruption an Akzeptanz und wurde instrumentalisiert, mit den Worten Stroessners: „Korruption ist der Preis für Frieden".

Dies schwächte den öffentlichen Dienst, die Demokratie und die damit verbundenen freien Wahlen. Auch 2016 erreicht Paraguay immer noch nur 27 Punkte auf dem Korruptionsindex (0=sehr korrupt; 100=nicht korrupt).

Der wirtschaftliche Sektor profitiert ebenfalls von Bestechungsgeldern (Korruption), u.a. fließen diese für die Finanzierung der Wahlkampagnen, um staatliche Aufträge zu erhalten. [9]

Die militär-diktatorische Vergangenheit Paraguays und das Handeln Stroessners wirken sich auch heute noch auf den Umgang der Polizei mit Konfliktfällen und Protesten aus, einschließlich Folter und anderer Gewalttaten.[10] In Staaten mit einer vergangenen Militärdiktatur zeugt dies von einer Übertragung der Gewohnheiten des Militärs auf die Polizei und schafft Machtstrukturen zwischen „Eliten" eines Landes und der restlichen Bevölkerung.[11]

Dies führt zu einer Verletzung verschiedener menschenrechtlicher Verpflichtungen, neben anderen z.B. zu Diskriminierung der indigenen Bevölkerung.[12]

Als Widerstand gegen die Gewalt der Polizei gegen Indigene, die Macht der Reichen und für die Durchsetzung der Landrechte entstand die Gruppierung Ejército del Pueblo Paraguayo. Sie wurde von Mitgliedern der *Partido Patria Libre* (einer linken Partei Paraguays) gegründet. Die Guerillagruppe lehnt sich an die leninistisch-marxistische Ideologie an und hat Verbindungen zur FARC in Kolumbien. Seit 2008 macht sie unter anderem durch Anschläge auf Polizei und Militär sowie Entführungen von Viehzüchter*innen offiziell von sich reden. [13]

Seit 2010 spitzt sich die Lage für Menschenrechtsverteidiger*innen und NROs, die sich in Paraguay für die Rechte der indigenen Bevölkerung einsetzen, zu. Regierungsvertreter*innen

---

[8] „Fernando Lugo – politischer Wandel und Kontinuität in Paraguay" von Marcello Lachi und Thomas Otter; in: GIGA Fokus 6/2008 S.3

[9] „Landraub, Landreform und indigene Rechte."; in: Die Guaraní im Tiefland Südamerikas. Studien zu einer indigenen Minderheit herausgegeben von Hans-Rudolf Wicker; 2017.

„Paraguay: Overview of corruption and anti-corruption" von Transparency International; 2016.

[10] http://www.amnesty.de/jahresbericht/2009/paraguay#section3988

„Report of the Special Rapporteur on the right to education" von Vernor Muñoz Addendum; in: United Nations General Assembly 2010, 14. session, agenda item 3

[11] „Achillesferse des Rechtsstaats. Korruption und Gewalttätigkeit prägen das Bild der Polizei in Südamerika" von Carola Schmid und Peter Waldmann; in: Der Überblick 01/1998

[12] Einschlägige Menschenrechte finden sich unter anderem in den UN-Sozial-und Zivilpakten und den ILO-Konventionen 107 und 169.

[13] https://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/paraguay

http://www.elmundo.es/america/2013/02/22/noticias/1361556588.html
https://grotius.fr/el-ejercito-del-pueblo-paraguayo-una-guerrilla-a-contratiempo/
http://www.paraguay-homepage.de/thema/paraguays

und Behörden verunglimpfen ihr Bild, auch in den Medien.[14] Die UN forderte 2011, dass Paraguay die Rechte der indigenen Bevölkerung durch das Justizsystem gewährleisten solle. Diese Forderung lässt sich auf mangelnde Unparteilichkeit und Unabhängigkeit auf Seiten der Justiz zurückführen. Denn auch wenn eine indigene Bevölkerung vor Gericht ein Urteil zu ihren Gunsten, sprich der Landrückgabe erwirkt, wird dieses nicht zwangsläufig auch umgesetzt. Dies hängt damit zusammen, dass unter anderem manche Richter einem Nebenerwerb in der Agrarwirtschaft nachgehen. Diese setzen sich eher für ihr Eigeninteresse ein, als für die Belange der indigenen Bevölkerung.

Ein weiterer Faktor sind (Drohungen von) Amtsenthebungsverfahren durch (in-)formelle Einflussnahme des Senats auf Richter*innen[15]; seit 2015 besonders gegen jene, die sich für die Rechte der indigenen Bevölkerung einsetzen. Erleichtert werden drohende Amtsenthebungsverfahren auch durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Justiz, da sie die Legitimität der Justiz untergräbt.

Gebracht hat die Forderung der UN mit Blick auf die Landrechte wenig. Nach Aussage von Transparency International lagen auch 2013 77% des landwirtschaftlich nutzbaren Landes in den Händen von 1% der Bevölkerung.[16]

3. Paĩ-Tavytera und Avá-Guaraní in Paraguay

In Paraguay wird Soja auf einem Großteil der Anbaufläche angepflanzt. Auch finanziell ist es die größte Einnahmequelle. Waldflächen und andere natürliche Ressourcen weichen landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen, wodurch die Möglichkeiten der dort ansässigen Gemeinden beschränkt werden, dort weiter leben zu können. Dies führt zu Verpachtung der Ländereien, zu Abwanderungen in die Städte und verändert die Lebensweise der Guaraní existentiell.

- 2010 wurden ca. 43% des Bodens, in den Distrikten Alto Paraná, Itapúa, Canindeyú und Caaguazú für den Sojaanbau verwendet.
- 80% des Waldes im Distrikt Alto Paraná wurden zwischen 1976 und 2005 für die Landwirtschaft abgeholzt.[17]
- Auch unter Gewalttaten haben die Gruppen zu leiden, so gaben 2012 bei der Volkszählung 60 Gemeinschaften der Avá-Guaraní und 38 Gemeinschaften der Paĩ-Tavytera an, Opfer von Gewaltdelikten unter anderem durch die Polizei gewesen zu sein.

---

[14] https://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/paraguay

[15] Für die Anklage und Suspendierung von Richter*innen ist das Jurado de Enjuiciamiento (eine Beurteilungskommission) zuständig.

[16] https://www.amnesty.de/jahresbericht/2012/paraguay

https://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/paraguay
https://www.ila-web.de/ausgaben/378/das-land-der-oligarchen
„Die Justiz in Lateinamerika: Zwischen Unabhängigkeit und Kontrolle" von Mariana Llanos und Cordula Tibi Weber; in: GIGA Fokus 09/2013
https://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/paraguay
„Paraguay: Overview of corruption and anti- corruption" von Transparency International; 2016

[17] https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/praesentation-wie-wird-agrar-markt-gerecht-2013.pdf

„Länderpapier Indigene Völker in Paraguay" von der Koordinationsstelle „Indigene Völker in Lateinamerika und der Karibik" der GIZ 2010
„Report of the Special Rapporteur on the right to education" von Vernor Muñoz Addendum; in: United Nations General Assembly 2010, 14. session, agenda item 3
http://www.tierraviva.org.py/pueblos_indigenas/ava-guarani/ „Landraub, Landreform und indigene Rechte."; in: Die Guaraní im Tiefland Südamerikas. Studien zu einer indigenen Minderheit herausgegeben von Hans-Rudolf Wicker; 2017

Beispiel 1:

2009 wurden die Avá-Guaraní durch einen richterlichen Beschluss vom Land im Distrikt Alto Paraná, Bezirk Itakyry, vertrieben. Dabei wurden unter Einsatz von Flugzeugen giftige Pestizide auf die Dorfbewohner*innen versprüht. Über 200 Menschen waren gesundheitlich beeinträchtigt. (Pestizide können u.a. ungeborenes Leben schädigen.)

Die Avá-Guaraní reagierten mit Demonstrationen und Straßenblockaden.

Später erhielten die Betroffenen Hilfspakete und ärztliche Zuwendung durch das Gesundheitsministerium und die Indianerschutzbehörde.[18]

Beispiel 2:

2012 kam es zu einer rechtswidrigen Zwangsräumung in Itakyry seitens der Polizei. Eine Handelsgesellschaft hatte Anspruch auf das Land erhoben, infolgedessen brannte die Polizei die Hütten der dort ansässigen Avá-Guaraní ab.[19] Räumungen dieser Art sind teils durch Gerichte mithilfe von Räumungsbeschlüssen abgesegnet. Ein Beispiel dafür ist auch die Räumung des Gebietes der Gemeinschaft Y'apo Avá-Guaraní 2014, bei dem Tempel und Häuser zerstört wurden. Trotz gerichtlichem Räumungsbeschluss ist auch dieser Fall rechtswidrig, da 2001 durch ein Gericht bestätigt wurde, dass das Gebiet den Y'apo gehört. Auch hier war Auslöser dieser Tat der Anspruch eines Unternehmens Laguna SA auf das Land.[20] Laguna SA hatte Land erworben, um dort Sojaanbau betreiben zu können.[21] Die Konflikte sollten durch Verhandlungen mit der Regierung gelöst werden, doch kam es zu keiner Verbesserung, was 2017 zu einem Abbruch der Verhandlungen führte.[22] [23]

Die Verknüpfung von Landrechtskonflikten und dem ökonomischen Sektor wird anhand dieser Beispiele nur allzu deutlich.

4. Das Problem der Suizide

All das Leid und der damit verbundene kulturelle Umbruch, den die Guaraní bisher erdulden mussten, führen seit Ende der 1970er Jahre vermehrt zu Selbstmorden.

Mitte der 1990er Jahre versuchten die Paĩ-Tavytera mit eigenen sozialen und religiösen Methoden, die Suizide zu stoppen. Trotzdem haben sich gemäß Berichten der UN zwischen 1981 und 2016 625 Guaraní das Leben genommen.

Viele junge Guaraní sehen in der „Suche nach einem Land ohne Übel", wie es in ihrer Mythologie heißt, keinen Sinn mehr.[24]

Dies wird noch verstärkt dadurch, dass durch den zu schnellen Wandel keine Mechanismen zur Bewältigung der Probleme entwickelt werden konnten. Früher wurden soziale oder emotionale Probleme von der Gruppe bewältigt, heute ist man auf sich allein gestellt.

---

[18] „Report of the Special Rapporteur on the right to education" von Vernor Muñoz Addendum; in: United Nations General Assembly 2010, 14. session, agenda item 3

https://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/paraguay

[19] https://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/paraguay

[20] „Traditional Dispute Settlements in Paraguay. Determinants of their Integration into the National Legal System." von Petra Oberrauch; in: Kulturen im Dialog II herausgegeben von Annemarie Profanter; 2011.

[21] https://latina-press.com/news/181755-aktion-paraguay-das-land-gehoert-den-ava-guarani/

[22] https://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/paraguay

[23] Einschlägige Menschenrechte finden sich unter anderem in den UN-Sozial-und Zivilpakten und den ILO- Konventionen 107 und 169. In den Pakten werden die einzelnen Menschenrechte erläutert, diese sind dann mit den Vergehen in Verbindung zu setzen.

[24] https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/shop/Aktionsmaterialien/pdfs/Flyer-Brasilien-Vertriebene-Guarani-kaempfen-um-ihre-Existenz.pdf ; S.239/240

Rückblick: Paĩ-Tavytera in Amambay (Ostparaguay)

Traditionell wurden Konflikte von der Gemeinschaft gelöst. Konnten Probleme nicht durch ein Gespräch gelöst werden, übernahmen der ernannte politische Führer (mburuvicha) und seine Frau die Vermittlung. Auf dem Dorfplatz wurde dann allgemein an die Sitten erinnert, untermauert mit rezitierten Stellen aus der Mythologie. Durch die Allgemeinheit der Ansprache wurde sichergestellt, dass die betroffene Person nicht ihr Gesicht verlor.

Auch in Notzeiten stand man sich, in Form von Distribution (z.B. von Nahrung) bei. Dies geschah nur, wenn die betroffene Person darum bat, um die Privatsphäre nicht zu verletzen.

Auch das distributive System existiert nicht weiter. Traditionell hatte der „mburuvicha" ein größeres Feld, um in Notsituationen seine Gruppe unterstützen zu können. Er musste stark sein, aber die Gruppe achtete darauf, dass er nicht zu mächtig wurde.

Das Machtverhältnis ist unter den neuen Umständen gekippt. In jüngster Zeit akkumuliert er immer mehr Macht durch Verteilung von Gütern und Privilegien an seine Familie, während der Rest der Gruppe Not leidet. Auch das trägt zu Gewalt und dem Suizidproblem bei.[25]

Da das Amt des „mburuvicha" sich so stark verändert hat, dass die Unterstützung durch ihn bei Konfliktfällen nicht mehr gesichert ist, kommt es zu Hilflosigkeit, Einsamkeit und Verlassenheitsgefühlen bei den Betroffenen. Durch sensationelle und emotionale Medienberichte wird bewusst, dass man die Suizide nutzen könnte, um Aufmerksamkeit auf die eigene Situation zu ziehen, um so eventuell die Situation der Gruppe zu verbessern.

5. Der Fall Itaipu

Da die Paĩ-Tavytera nicht nur in Paraguay, sondern auch in Brasilien (unter dem Namen Kaiová) leben, erregt der Fall Itaipu besondere Aufmerksamkeit und trägt zum besseren Vergleich der Situation der Indigenen in beiden Ländern bei.[26]

Eine der wichtigsten Einkommens- und Energiequellen Paraguays ist die Wasserkraft. Der Großteil dieser Energie wird von den Werken Yacyretá und Itaipu erzeugt.

Das Wasserkraftwerk Itaipu wurde in der Zeit zwischen 1975 und 1982 gebaut. Itaipu ist kein privates Unternehmen, sondern wird von den Regierungen Brasiliens und Paraguays betrieben. Es soll die Schulden beider Länder senken.

In Paraguay wird Itaipu auch „Kathedrale der Korruption genannt", da Planung und Bau mit korrupten Taten wie unlauterem Wettbewerb und Bestechung einhergingen. Beauftragt wurden die Anhänger*innen der Colorado-Partei (Stroessner), die am meisten boten.Das gleiche Prinzip kam bei der Besetzung der Stellen zum Einsatz. Das bereits angesprochene System der Pfründe kommt auch hier und heute noch zum Tragen: Itaipu verwaltet Millionenbeträge, ohne dabei kontrolliert zu werden.

In den Bau involviert waren die Weltbank und andere internationale Finanzinstitute, die Infrastrukturprojekte, wie das Wasserkraftwerk in Paraguay, förderten. Die Förderung war allerdings an bestimmte Bedingungen geknüpft, wie beispielsweise die ansiedelnden indigenen Gesellschaften regelkonform umzusiedeln und ihnen Rechte zu gewähren.

Diese Auflagenpolitik führte aber keinesfalls zu einer Besserstellung indigener Gemeinden.

---

[25] „Reflexionen über die Lebenssituation der Guaraní in Mato Grosso do Sul, Brasilien" von Friedl Grünberg; in: INDIANA 19/20 (2002/2003); S.240

[26] http://www.portalguarani.com/742_jose_zanardini/11488_pueblo_ava_guarani_y_pueblo_pai_tavytera__investigacion_de_jose_zanardini__ano_2010.html

Auch ökologische Probleme entstanden: 2015 fanden Studien der Weltbank heraus, dass das Wasserkraftwerk Umweltprobleme, wie den Schwund einheimischer Arten, verursacht.[27]

Doch das Werk verursacht nicht nur ökologische, sondern auch soziale Probleme. In den 1970er Jahren wurden 36 Gruppen der Avá-Guaraní aufgrund des Baus des Itaipu-Wasserkraftwerkes umgesiedelt. Sie wurden weder in den Prozess mit einbezogen, noch für ihren Verlust entschädigt. Das Gebiet umfasste das Land der Ahnen der Avá-Guaraní, so wurden beispielsweise Friedhöfe (heilige Orte) überflutet. Als Lösung wurde die Umlagerung der Toten vorgeschlagen, dies ist aber nicht mit dem Glauben und den Traditionen der Guaraní vereinbar, denn auch das Land an sich ist eng mit den Mythen der Guaraní verwoben.

Ein Teil der Gruppe kehrte um die Jahrtausendwende in das Gebiet zurück. Es wurde ihr durch die Regierung zugesprochen, liegt allerdings mitten in einem paraguayischen Sojaanbaugebiet. 2016 wurde sie erneut vertrieben.

Größtes Konfliktpotenzial stellt die Vergabe dieses Gebietes an mehrere Eigentümer dar, an Sojabauer und Indigene. Der Fall des Gebietes wird vor Gericht verhandelt.[28]

6. Mögliche Konfliktbearbeitungsansätze

Die Lösung der Landrechtskonflikte in Paraguay ist schwierig, dies wurde von allen Interviewpartner*innen bestätigt. Gründe dafür sind unter anderem das Fehlen internationaler Instanzen, die sowohl die Einhaltung, als auch die Umsetzung entsprechender nationaler Gerichtsurteile und internationale Entscheidungen überwachen[29] und schwer überwindbare Strukturen des Klientelismus und der Korruption.[30]

Trotzdem sind Lösungsansätze denkbar. Im Folgenden werde ich sowohl auf die durch geführte Interviews erlangten Erkenntnisse eingehen als auch Lösungsbeispiele aus anderen Ländern mit diesen in Bezug setzen.

Grundbedingung, um die Landrechtskonflikte mithilfe der durch den BSV mitgetragenen Methoden bearbeiten zu können, ist die Erlangung von internationaler Aufmerksamkeit.[31]

Innerhalb des Leitkonzeptes des BSV, der Sozialen Verteidigung, lassen sich verschiedene Anhaltspunkte für Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktbearbeitung finden:

Zivile Konfliktbearbeitung:

Akteure aus der Zivilgesellschaft könnten zu gewaltfreiem Widerstand befähigt und in Grundlagen und Formen gewaltfreier Aktion ausgebildet werden (z.B. Trainingsangebote).

Anwendungsbeispiele: In Malaysia wurden bei Konflikten zwischen Abholzungsfirmen und der indigenen Gemeinschaft Penan gewaltfreie Aktionen - Verweigerung der Räumung durch Sitzstreiks und Blockaden - seitens der Penan angewandt, um sich ihr Recht auf Land zu

---

[27] Siehe „Landraub, Landreform und indigene Rechte."; in: Die Guaraní im Tiefland Südamerikas. Studien zu einer indigenen Minderheit herausgegeben von Hans-Rudolf Wicker; 2017.

„Paraguay: Overview of corruption and anti-corruption" von Transparency International; 2016
„Paraguay am Scheideweg" von Diego Abente Brun, herausgegeben durch die Konrad-Adenauer-Stiftung; 2007.

[28] „Paraguay. Evicted and criminalized." von Amnesty International; in: A recipe for criminalization. Defenders of the environment, territory and land in Peru and Paraguay; 2018.

https://www.amnesty.de/jahresbericht/2017/paraguay
www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/land-unter-in-itaipu/-/id=660374/did=6962140/nid=660374/1xspuzq/index.html

[29] Aus meinem Interview mit Pia Uçar, einer auf Menschenrechte spezialisierten Juristin, am 14.09.2018.

[30] Aus meinem Interview mit Renate Wanie, eine der Mitbegründerinnen des BSV, am 17.09.2018.

[31] Aus den Interviews mit Pia Uçar am 14.09.2018; Renate Wanie am 17.09.2018 und Stephan Brües am 10.09.2018.

erstreiten. Dies hatte den Effekt, dass die Medien auf das Problem aufmerksam wurden. Auch in Paraguay kommt es bereits zu gewaltfreien Aktionen, nämlich zu Straßensperrungen und Demonstrationen, u.a. 2009 durch die Avá-Guaraní.

Ziviles Peacekeeping / zivile Schutzbegleitung:

Um gefährdete Menschenrechtsaktivist*innen zu schützen, könnten Mitglieder der internationalen NRO Nonviolent Peaceforce (oder andere Organisationen, die sich auf den Schutz von Zivilist*innen spezialisiert haben) internationale Präsenz zeigen und die Menschenrechtler*innen bei ihrer Arbeit begleiten.

Anwendungsbeispiel: Im Konflikt um eine Silbermine in La Puya in Guatemala wurden an friedlichen Blockaden Beteiligte durch die Präsenz der NRO Peace Brigades International geschützt.

Dialog:

Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft oder Vertreter*innen von Friedensorganisationen könnten als Ombudsmann/frau beispielsweise mit Richter*innen in Dialog treten, um auf die den Guaraní widerfahrene Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, mit dem Ziel, dass die Richter*innen die juristischen Grundlagen gerecht prüfen.

Zudem könnten Mitglieder der Nonviolent Peaceforce versuchen, zwischen Mitgliedern der betroffenen Guaraní-Gruppen und der Polizei zu vermitteln, um gewalttätigen Übergriffen vorzubeugen.

Anwendungsbeispiele: Dabei ist zu beachten, dass der Prozess von innen, also von betroffenen Guaraní-Gruppen, ausgeht. Dieser Prozess sollte, wenn möglich, von außen durch Teile der Bevölkerung sowie (inter-)nationale Organisationen gestützt werden. Dadurch wird öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt und so die indigene Bevölkerung eventuell in ihren Rechten gestärkt.[32]

Ein Beispiel für das Erzeugen von Aufmerksamkeit durch die Betroffenen ist die Coordinadora por la Autodeterminación de los Pueblos Indígenas (CAPI) in Paraguay. Dies ist ein Dachverband von vierzehn indigenen Gruppen, der sich für garantierte Rechte auf (inter-)nationaler Ebene einsetzt.

Um die Bevölkerung als Ganzes zu stärken, muss das Wir-und-die-Anderen-Prinzip überwunden werden. Gruppen sind immer heterogen, da jedes Individuum gleichzeitig verschiedenen Wir-Gruppen angehören kann. Wenn von einem „Othering" abgesehen wird, ist ein friedliches und konstruktives Miteinander möglich.[33]

---

[32] Aus den Interviews mit Renate Wanie am 17.09.2018 und Stephan Brües am 10.09.2018.

https://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/paraguay
„Boycott Rainforest Timbers" von Dean Jeffries; in: Nonviolence Today Dec/Jan #6 1988/89

[33] „Othering beschreibt den Prozess, sich selbst bzw. sein soziales Image positiv hervorzuheben, indem man einen anderen bzw. etwas anderes negativ brandmarkt und als andersartig, das heißt ›fremd‹ klassifiziert, sei es wegen der Rasse, der geographischen Lage, der Ethik, der Umwelt oder der Ideologie. In dieser Differenzierung liegt potenzielles hierarchisches und stereotypisches Denken, um seine eigene Position zu verbessern und als richtig darzustellen."

http://www.kulturglossar.de/html/o-begriffe.html

„Gesellschaft im Wandel. Der Weg zu einem gesellschaftlichen Dialog." von Hannes Schenk; in: Kulturen im Dialog II herausgegeben von Annemarie Profanter; 2011.
„Länderpapier. Indigene Völker in Paraguay." von Koordinationsstelle Indigene Völker in Lateinamerika und der Karibik der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit; 2010

Zentrales Ziel muss die Rückgabe von Land sein. Im Jahr 2010 erhielt dieses Ziel die Chance einer Umsetzung: Für die Rückgabe von 279.850 ha Land an die indigene Zivilbevölkerung wurde bis 2013 ein „Schlüsselprogramm" der paraguayischen Politik eingerichtet.[34]

7. Fazit

Aufgrund der geschichtlichen Entwicklung und der damit verbundenen Landrechtskonflikte in Paraguay sowie persönlicher Vorteile (z.B. Korruptionsgelder), die es mit sich bringt, wenn man die Gesetze zugunsten von Großgrundbesitzer*innen auslegt, ist eine Lösung des Landkonfliktes schwierig.

Die Interviewpartner*innen betonten, dass jedoch nicht die Lösung, sondern eine kontinuierliche und gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Vordergrund stehen sollte, um die Situation der indigenen Bevölkerung zu verbessern und zu stärken.

Meiner Meinung nach ist es wichtig, dieses Anliegen einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen. Gelingt dies, können Konfliktbearbeitungsmechanismen greifen und so nicht nur den Menschen vor Ort, sondern auch der Umwelt und somit uns allen eine bessere, gerechte und ökologische Zukunft ermöglichen.

[34] https://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/paraguay